Bundesfinanzen : Prügelknabe Landesverteidigung

Autor(en): **Brunner, Dominique**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung**

Band (Jahr): **51 (1976)**

Heft 11

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-707322

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Bundesfinanzen: Prügelknabe Landesverteidigung

Major i Gst Dominique Brunner, Zürich

In der Botschaft des Bundesrates über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanz- und Steuerrechts des Bundes vom 24. März 1976 steht: «Unverkennbar trug zu dieser zunehmenden Verschlechterung der Haushaltlage zunächst das überdurchschnittlich hohe Ausgabenwachstum auf verschiedenen Gebieten bei. Von den insgesamt 18 Aufgabenbereichen seien namentlich folgende vier erwähnt, die ein stark überproportionales Wachstum aufweisen:

— Beziehungen zum Ausland
— Soziale Wohlfahrt
— Verkehr sowie
— Unterricht und Forschung.

Das fällt um so mehr ins Gewicht, als auf diese Aufgabengebiete nach dem Voranschlag, 1976, ohne den Konjunkturzusatz, nahezu die Hälfte aller Bundesausgaben entfällt. Sie nahmen von 1960 bis 1976 wesentlich mehr zu als das Bruttosozialprodukt, das sich vervierfachte».

Steigende Ausgaben — nur nicht bei der Armee

Anders die Militärausgaben! 1960 machten sie 2,49 Prozent des Bruttosozialprodukts aus, 1976 noch 1,8 bis 1,9 Prozent. Der Anteil der Militärausgaben am Bundeshaushalt ist seit den 60er Jahren ständig zurückgegangen, er liegt nunmehr bei 19 Prozent der Gesamtausgaben, in den 60er Jahren waren es noch 30 Prozent. Anlässlich der Beratung des Voranschlags der Eidgenossenschaft für 1976 erklärte Nationalrat C. Bonnard, Präsident der nationalrätlichen Militärkommission am 8. Dezember 1975: «Zwischen 1975 und 1976 wird das Budget der Eidgenossenschaft unter Einbezug der Zahlung ihres Anteils an den Bundessteuern an die Kantone um 12,7 Prozent wachsen, um 8,8 Prozent, wenn man diesen Anteil nicht mitrechnet, dafür die Massnahmen zur Bekämpfung der Rezession berücksichtigt... Diese Zahlen erlauben es, zu erklären, dass das Budget des Militärdepartementes zwischen 1975 und 1976 weniger wachsen wird als das allgemeine Budget und dass die Zunahme der Rüstungsausgaben deutlich unter der voraussehbaren Teuerung liegen wird. Diese doppelte Feststellung bestätigt lediglich eine seit mehreren Jahren existierende Tendenz: Von allen Ausgaben der Eidgenossenschaft sind es die Ausgaben, die die Landesverteidigung betreffen, die im bescheidensten Ausmass zugenommen haben... Man stellt zwischen 1970 und 1976 bei den hauptsächlichen Aufgaben der Eidgenossenschaft folgenden Zuwachs fest: Unterricht und Forschung 136 Prozent, Soziale Wohlfahrt 119 Prozent, Verkehr und Energie 84 Prozent, Landwirtschaft 73 Prozent und Landesverteidigung 47 Prozent.»
Es steht mit anderen Worten fest, dass die Schweiz in ihren Anstrengungen auf dem Gebiet der Landesverteidigung in finanzieller Beziehung eindeutig nachgelassen hat. Was die Aufwendungen für die Modernisierung der Bewaffnung angeht, die Rüstungsausgaben, ist sogar eine rückläufige Entwicklung festzustellen: in konstanten Preisen sind die Rüstungsausgaben zwischen 1965 und 1975 um grob ein Drittel zurückgegangen. Unter diesen Umständen drängen sich zwei Fragen auf: Ergibt sich dieses De-facto-Zurückstufen der militärischen Landesverteidigung aus einer nüchternen Lageanalyse, wird dieses Sparen namentlich bei der materiellen Wehrbereitschaft durch eine Abschwächung der potentiellen Bedrohung gerechtfertigt? Und, zweitens, welche Konsequenzen zieht der Bundesrat für den Fall, dass dem nicht so wäre, dass sich die Bedrohung verschärft hätte, dass in unserer Rüstung ernste Lücken klaffen? Die Antworten lauten: Die Reduktion unserer militärischen Anstrengungen in den letzten 11 Jahren lässt sich von der potentiellen Bedrohung und unseren erwiesenen militärischen Bedürfnissen her nicht verantworten. Und zweitens: Der Bundesrat zieht keine Konsequenzen aus der erwiesenermassen falschen Ausgabenpolitik, soweit es um die Landesverteidigung der letzten Zeit geht.

Einsichtige Parlamentarier

Ist all dies schon gravierend, so wird es noch verschlimmert durch die Tatsache, dass es in jüngster Zeit an Ermahnungen an die Adresse des Bundesrates, seine Hefte diesbezüglich zu redividieren, wahrlich nicht gefehlt hat. Niemand kann heute in guten Treuen behaupten, Bundesrat und EMD würden vom Parlament im Stich gelassen. Das Gegenteil ist der Fall, was nicht nur die seit Jahren regelmässig mit sehr deutlichem Mehr erfolgende Zustimmung zu Vorlagen des EMD und namentlich zu dessen Budget, sondern auch zahlreiche unmissverständliche Aussagen im Parlament belegen. Hier nur einige wenige Voten, die im Rahmen der Diskussion des Armeeleitbildes 80 in beiden Räten abgegeben wurden: «Nicht ohne Sorge haben wir den realen Rückgang der Rüstungsausgaben in den letzten zehn Jahren und das ständige Absinken des Anteils der Wehrausgaben am Total der Bundesausgaben betrachtet» (Ständerat U. Luder, 9. März 1976). «In diesem Zusammenhang sollten wir doch nicht vergessen, dass wir — darf ich eine Zahl wiederholen, die Ihnen der Herr Kommissionspräsident dargelegt hat — pro Kopf der Bevölkerung für unsere militärische Sicherheit nur die Hälfte dessen ausgeben, was zum Beispiel die Norweger oder Holländer leisten, dass die jährlichen Rüstungsausgaben seit 1965 (zu konstanten Preisen gerechnet) um fast ein Drittel zusammengeschrumpft sind, dass sich der Anteil der Militärausgaben am gesamten Bundeshaushalt innert der letzten 19 Jahre auf 19 Prozent halbierte» (Ständerat F. Honegger, 9. März 1976). «Ich möchte deshalb dem Bundesrat nahelegen, die offensichtlichen Lücken, die in unserer Armee bestehen und über die die Militärkommission orientiert wurde, so schnell wie möglich zu schliessen und den Räten entsprechende Kredite rasch vorzulegen. Diese Anstrengungen sind im Rahmen der Bundesaufgaben in die höchste Dringlichkeitsstufe einzureihen» (Nationalrat Dr. P. Grünig, 17. Juni 1976). «Ein grösserer finanzieller Einsatz des Landes, um die Glaubwürdigkeit unseres Verteidigungswillens zu demonstrieren, ist in diesem Zusammenhang mehr als gerechtfertigt» (Nationalrat W. Röthlin, 17. Juni 1976). «Wir haben die Landesverteidigung seit Jahren finanziell vernachlässigt, und sie bleibt laut Finanzplan weiterhin Stiefkind. Die primäre Aufgabe des Bundes, nämlich die Wahrung von Freiheit und Unabhängigkeit, ist durch andere Aufgaben in den Hintergrund gedrängt worden» (Nationalrat R. Friedrich, 17. Juni 1976).

Schwächliche Politik

All dem zum Trotz — und in krassem Widerspruch zu eigenen markanten mündlichen und schriftlichen Aussagen — weigert sich der Bundesrat, die unbestritten notwendigen Korrekturen vorzunehmen. Angesichts der Notwendigkeit, die Bundesausgaben etwas zu komprimieren, wird das Messer namentlich beim EMD angesetzt. Das geschieht, obwohl man genau weiss, dass die Abstriche dann regelmässig bei den Rüstungsausgaben vorgenommen werden. Eine jämmerliche Politik, die von Unfähigkeit zeugt, mutige notwendige Entscheide zu treffen.